

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.  
Bernharder-Comptolnummer 25 241  
Kurs für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Ausgabung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500,—  
Einzelnnummer M. 30,—, Sonntagsausgabe M. 40,—.  
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige Zeile kostet 100,—, außerorts 120,—, Familien-  
anzeigen und Stellenangebote unter Wegfall aller weiteren Rabatte M. 30,—.  
Verzugsgebühr bei Fern- und Auswärtigen 100,— gegen Vorauszahlung.

Druck- und Verlagsanstalt  
Merkelstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druck nur mit deutscher Quersprache („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inerlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

**Gute Weihnachtsbücher**  
kauft man jetzt noch günstig bei  
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat  
Bautzener Straße 41

**Deutscher Weinbrand**  
*Scherer Original*  
Langen & Frankfurt a. M.

**Senkingherde**  
**ESCH - Dauerbrandöfen**  
Alleinverkauf:  
Inhaber: **Chr. Garms W. Eckardt Gr. Zwingstr. 13**  
Fernspr. 15202 Nähe Postplatz  
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

## Poincaré vor der Kammer.

**Auffallende Mäßigung der Gewaltpläne — Die Entente cordiale über alles — Plumpe Seitenhiebe gegen die deutsche Industrie.**

### Fortsetzung der Interpellationsdebatte.

Paris, 15. Dez. Zu Beginn der heutigen Kammer Sitzung ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich schulde dem Parlament Rechenschaft über die Ereignisse, die sich seit einem Monat abgepielt haben. Keines dieser Ereignisse berechtigt die öffentliche Meinung zu irgendwelcher Erregung. Die allgemeine Lage hat sich seit einem Monat nicht verschlechtert, im Gegenteil verbessert. Dafür kann ich glaubhafte Beweise beibringen.

#### Die Konferenz von Lausanne

Die Konferenz von Lausanne sei vom Einvernehmen mit den Alliierten beherrscht. Das habe sich in der Meerengenfrage und in der Grenzfrage gezeigt. Es genüge ihm, daß die Verständigung zwischen England, Italien und Frankreich zustandekommen sei. Wir werden, so fuhr Poincaré fort, im vollen Einvernehmen mit unseren Alliierten handeln und dem Wortsprechen von Angora die Treue bewahren. Um eine enge Gemeinschaft mit den Alliierten aufrechtzuerhalten, habe er sich nach London begeben, um dort über

#### Das Problem der Reparationen

und der interalliierten Schulden vor der Vollkonferenz von Brüssel zu verhandeln. Die Londoner Besprechungen hätten — er äußerte nicht, das ausdrücklich — in sehr freundschaftlicher Atmosphäre stattgefunden. Auf keiner Seite habe es Dintergedanken gegeben. Der gegen Frankreich so ungerechtfertigt vorgebrachte und verbreitete Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals Widerhall finden. Die Londoner Verhandlungen seien nur bis zum 2. Januar hinausgeschoben worden, d. h. sie würden vor dem Jahresabschlusstermin vom 15. Januar wieder beginnen, an dem das Moratorium ein Ende nehmen werde. Poincaré faßt dann die deutschen Vorschläge

zur Stabilisierung der Mark und zur Festlegung der deutschen Reparationsschuld zusammen. Für Deutschland habe es sich darum gehandelt, den Zahlungsplan von 1921 umzuformen, die Schulden herabzusetzen und ein Moratorium von fünf Jahren zu erlangen, und zwar ohne eine der von den Alliierten verlangten Reformen anzunehmen, namentlich was die Einziehung der Steuern, die Stabilisierung der Mark usw. anbetraf. Die Teile der Derabsetzung der deutschen Schuld sei, wie man wisse, auch die These zahlreicher Finanzleute. Aber Frankreich, das hauptsächlich interessiert sei, und Ende dieses Jahres für Deutschland bereits 100 Millionen vorausgab haben werde, könne nicht auf seine Forderungen verzichten. Poincaré bespricht alsdann die Höhe der Kriegsschulden der verschiedenen Nationen untereinander. Sie machen den Gesamtbeitrag von sieben Milliarden Goldmark aus. Die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß diese Kriegskosten zu den Lasten Deutschlands gestellt würden. Sehen wir, sagt Poincaré, den

#### Friedensvertrag

nach. In Artikel 231 erklärt sich Deutschland den Alliierten gegenüber verantwortlich für alle Verluste und Schäden, die der Krieg verursacht hat. In Artikel 232 erkennen die Alliierten an, daß die Hilfsquellen Deutschlands ihm nicht gekostet, alle Verluste und alle Schäden zu reparieren. Aber sie erklären, daß Deutschland und seine Verbündeten die an Personen und Sachen verursachten Schäden reparieren müßten. Jetzt wolle man den Gedanken, sich für alle Verluste und Schäden entschuldigen zu lassen, aufgeben. Aber die Alliierten hätten bei der Wiederentdeckung der verursachten Schäden eine Priorität vor den Kriegsschulden zu verlangen. Sie könnten also unter sich die Lastung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschulden repariert habe.

Frankreich habe keinerlei Absicht, seine Kriegsschulden zu verkleinern. Aber es könne sie weder de jure noch de facto bezahlen, bevor es selbst die Bezahlung von Deutschland erhalten habe.

In London habe er diesmal Fortschritte erzielt insofern, als er auf die Möglichkeit einer Sonderregelung verwiesen habe. Man könne an eine europäische Regelung denken, ohne daß Frankreich etwas von dem opfern müßte, was Deutschland ihm schulde. Das sei unmöglich. Poincaré hält es für notwendig, daß die Reparationskommission zusammen mit dem Garantiefomitee eine Kontrolle der deutschen Finanzen übernehme, damit die Mark sich nicht weiter verschlechtern könne, eine Kontrolle, die, um Unregelmäßigkeiten und Verschönerungen zu verhindern, mit einem Vetorecht verbunden sein müßte. Wir haben, so fuhr er fort, nunmehr über

#### ein neues Moratoriumverlangen

zu entscheiden. Seit Januar 1922 lebt Deutschland unter dem Regime des Moratoriums. Im Monat März hat die Reparationskommission entschieden, daß Deutschland 700 Millionen Goldmark zu bezahlen habe. Davon seien 450 Millionen bezahlt, der Rest aber in sechsmonatigen Schachwechseln umgewandelt. Deutschland habe nur für 900 Millionen Goldmark Sachlieferungen erhalten,

im ganzen also 1 400 000 000 Goldmark gezahlt, anstatt zwei Milliarden und mehr. Poincaré acht alsdann auf die Verzögerung der Lasten Deutschlands im Jahre 1923 über. 500 Millionen Mark habe Deutschland noch zu bezahlen. Dann kämen die Besatzungskosten und schließlich der Anteil Frankreichs.

#### Das gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden.

Der englische und der französische Text wichen nach dieser Richtung leicht voneinander ab, aber nach dem Völkerecht und nach dem Völkerrecht sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für den Gläubiger.

Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen mit militärischem Charakter durchzuführen. Es wolle Deutschland auch keine Strafkolonien auferlegen, aber es wolle in dem Maße bestrafen, in dem es möglich sei. Man denke nur daran, im gemeinsamen Interesse der Alliierten den deutschen Reichtum zu konfiszieren.

Poincaré fuhr fort: Wir müssen in Gemeinschaft mit unseren Alliierten vorgehen und werden freundschaftlich darauf bestehen, daß man uns unsere Forderungen nicht verweigere. Wenn wir aber zu unseren lebhaftesten Bedauern gezwungen sein würden, Isoliert vorzugehen und unsere Maßnahmen zu treffen, dann würden wir es niemals anders als auf gemeinsame Rechnung unternehmen. Wenn Frankreich dazu gezwungen sein würde, irgendwo seine Ingenieure und Zollbeamten zu installieren, so werde es stets auch den Alliierten Ingenieuren und Zollbeamten einen Platz reservieren. Es wird kein Streit sein, allen zu beweisen, daß es weder von einem militärischen Gesichte, der nicht bei ihm besteht, geschäftlich wird, noch durch irgendwelche territoriale Eroberungsgelüste. Ueber diese Frage und eine andere hätten sich die Verhandlungen in London sehr ruhig und herzlich vollzogen. Bonar Law habe gestern im Unterhaus den britischen Standpunkt zur Kenntnis gebracht. Er, Poincaré, habe in London den Standpunkt der französischen Regierung dargelegt. Bonar Law habe ihn ersucht, die Unterredung am 2. Januar fortzusetzen. Er sei diesem Verlangen um so williger nachgegeben,

als keine Maßnahmen während der Periode des regelmäßigen bewilligten Moratoriums erfolgen könnten.

Er sei davon überzeugt, daß die Entente cordiale zwischen England und Frankreich keine Einbuße erleiden werde, und er denke wie Bonar Law, daß es vorzuziehen sei, zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen. Poincaré unterbreche das große Interesse am gemeinsamen Vorgehen zwischen ihm und Bonar Law mit Mussolini und Tschunski, das am 2. Januar getreten sei, als man die unannehmbaren Vorschläge zurückwies, die verurteilt hätten,

die skandalösen Profile der deutschen Großindustrie zu konsolidieren. Es sei etwas Besessenes, was Deutschland angestanden habe, daß seine Staatsanbahnungen größere Kapitalien ins Ausland abzurufen hätten. Poincaré entschuldigte sich schließlich, daß er nicht mehr sagen könnte. Es wäre seinerseits unzulässig, den Verlauf der Unterredungen kundzugeben und im übrigen auch vor allem unnütz, denn es wäre sicher schlecht, einen Monat im voraus den Schuldner Deutschland über die Absichten seiner unbegleiteten Gläubiger zu unterrichten. Wenn die Kammer glaube, daß die augenblickliche Regierung weniger geeignet sei, als eine andere, so möge sie es sagen. (Zahlreiche Stimmen: Nein, nein!) Der Kammer stehe es, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Sie habe hinlänglich Zeit dazu vor der Zusammenkunft am 2. Januar. Wenn die Kammer aber dem Kabinett das Vertrauen schenke, dann werde es nach wie vor die Interessen Frankreichs vertreten, die untrennbar seien von den Interessen Europas und der Welt.

Darauf spricht Daubet. Was er zu sagen habe, sei kurz. Seit drei Jahren haben alle Regierungen die gleiche Sprache gehalten, ohne große Ergebnisse zu erzielen. Noch vorhin habe Poincaré bewiesen, wie schwierig es sei, etwas von Deutschland zu erlangen. Eine Kontrolle auszuführen, sei nicht leicht. Es bleibe also nur ein einziges Mittel:

#### Die Ruhrbesetzung.

Von Deutschland habe man viel eher ein Emporkommen des Imperialismus, als eine Revolution zu befürchten. Daubet spricht auch gegen die von Clemenceau geäußerten Bedenken gegen die Ruhrbesetzung. Wie er den Namen Briand nennt, erhebt sich dieser und erklärt, als er die Regierung niedergelegt habe, hätte Deutschland alle Verpflichtungen des Londoner Zahlungsplanes erfüllt gehabt. Seitdem habe sich Deutschland zahlungsunfähig gemacht und er beürteile seine Lage genau so wie Poincaré.

Im Anschluß an die Erörterung stimmte die Kammer über die Vertagung der Debatte ab, die mit 288 gegen 233 Stimmen abgelehnt wurde. Die Interpellationsdebatte dauert infolgedessen an. (B. T. W.)

**Dollar (Amtlich): 7425**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7050

## Auf dem Höhepunkt in Lausanne.

Man hat sich von Anfang an in Lausanne für einen längeren Aufenthalt eingerichtet, und dafür ist Lausanne zweifellos geeigneter, als das gerade jetzt recht unwirtschaftliche London, dem die letzten Konferenzteilnehmer allmählich den Rücken gekehrt haben. In Städten, die neben der Eleganz, Bequemlichkeit und weltstädtischem Treiben noch die Genuß einer bevorzugten Lage haben, hält man es länger aus. Und in dieser Beziehung kann sich die wunderwolle Fremdenstadt am Genfer See durchaus mit Cannes und Genua und anderen Konferenzorten messen. Man hat auch guten Grund, Curzon's neue „liebe Freunde“, die Angorastärken, die heute durchaus keine „Räuber“ mehr sind, bei guter Laune zu halten. Zudem kann man auch in Lausanne nicht so leicht und gefahrlos auseinanderlaufen, weil das orientalische Objekt nicht wehrlos ist und zusehen muß, wie fremde Sieger auf ihm herumirampeln, sondern recht sublim sein Standpunkt zur Geltung bringt. Mit Gewaltmaßnahmen ist gegen die Türken nichts auszurichten. Sie sind gefährlich, denn der Bodvorsatz ist weit und auch für riesige Kriegsschiffe kein zuverlässiges Tätigkeitsfeld. Davon kann Lord George ein Lied singen. Es genügt für den Orient nicht, bloß auf den Knopf des militärischen Apparats zu drücken, um billige Erfolge zu erzielen; man kann auch nicht mehr mit Hilfe von Mitt und Meißel die Scherben des Syres-Porzellans zusammensetzen, sondern man muß etwas Neues schaffen, was die hauptsächlich Beteiligten befriedigt; denn sonst geht der Weltbrand von neuem vom Balkan aus. Die eiserne Notwendigkeit, im Orient zum Frieden zu kommen, hat bereits über manche Risse hinweggeführt, manches Kompromiß gezeitigt, und sie wird auch dazu beitragen, den immer wiederkehrenden Abbruchdrohungen die Spitze zu nehmen.

Hält man die große Linie in den verschiedenen Hauptfragen des Orientproblems fest, so kommt denen der Reparation Griechenlands und der Zwölfstapelgruppe, die im Syres-Vertrage Griechenland zugesprochen war, deren Zuteilung an Italien aber kaum noch zweifelhaft ist, die letzte Bedeutung zu. Und wenn auch die Minderheitenfrage gerade in den letzten Tagen zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Lord Curzon und Ahmet-Pascha geführt hat, so ist in dieser Frage kaum mit einer wirklich krisenhaften Zuspitzung zu rechnen, zumal Amerika energisch für die Minderheiten eintritt und den Türken der ungünstige Eindruck einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Schuss der Minderheiten in der ganzen Welt sicher nicht gleichgültig sein dürfte. Der geplante Austausch der griechischen und türkischen Minderheiten, der eine der größten Völkerverbewegungen wäre, die man kennt, würde der ganzen Frage viel von ihrer Schärfe nehmen. Da aber die griechische Bevölkerung Konstantinopels nicht in den Austausch einbezogen werden soll, wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die Türkei besonderer Bestimmungen bedarf, um das überwiegende griechische Element in der türkischen Hauptstadt nicht zu mächtigen werden zu lassen, um so mehr, als es nicht gerade die besten Elemente waren, die sich besonders nach der Besetzung durch die Entente mit dem ungeheuren Fremdenstrom in Konstantinopel einmischten, um nach berühmten Mustern durch Schmarobertum aus der unglücklichen Türkei riesigen persönlichen Vorteil zu ziehen. Man tut darum gut, die ganze Minderheitenfrage nicht nur durch die humanitätsbedingte Brille der Entente anzusehen, wie man auch dem türkischen Kampf gegen die Fremden vorrechte (Kapitalisten) durchaus sympathisch gegenübersehen muß. Von den abgrabelnden drei großen Problematikern ist die der neuen türkischen Grenzen in Asien überhaupt noch nicht angefaßt worden, weil hinter ihr in Reihenlettern das nicht nur auf alle Alliierten, sondern fast noch mehr auf die Amerikaner wie ein rotes Tuch wirkende Wort Petroleum steht. Das Erdöl ist heute ein die gesamte Weltwirtschaft beherrschender Faktor geworden. In San Remo haben Engländer und Franzosen die Delaquellen im Zweifelsland untereinander geteilt, und wenn jetzt die Türken ihr Souveränitätsrecht über die Gebiete von Mossul, Kerkuk und Zulimanie fordern, so bedeutet es für sie eine gewaltige Unterhügung, daß der amerikanische Vertreter in Lausanne unerwartet, aber völlig eindeutig aus der gewohnten Reserve herausrat und die Forderung nach der „offenen Tür“ energisch anmeldet. Der Vertrag von San Remo ist infolgedessen heute schon zum Kerger der Franzosen von England aufgegeben worden. Der englisch-französisch-amerikanische Gegensatz dürfte aber bei der Beratung der Mossul-Frage in Lausanne noch manchen Kopfschmerz bereiten.

Von den restlichen beiden Problemen, dem der türkischen Grenzen in Europa und dem der Meerengen, ist als bisher einziges einigermaßen abgeschlossenes Ergebnis die Grenzfrage in Thrakien nahezu gelöst. Hatte man hier mit einer gemeinsamen türkisch-bulgarischen Front gerechnet, so hatten die Anbiederungsversuche des bulgarischen Ministerpräsidenten Stamboliski in Belgrad und Bukarest mit dem Ziel eines neuen Balkanbundes diese Erwartungen enttäuscht. Die Türken haben sich vielmehr einer gemeinsamen Front der in dieser Frage völlig einigen Entente und des neuen Balkanbundes statt unter Rußlands nunmehr unter Curzon's Führung gegenüber. Die